

## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses  
der Stadt Lüdenscheid

am 11.11.2003

im Saal im Haus der Jugend

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Ratsherr Dieter Dzewas SPD

#### Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Evangelos Karavasilis	CDU	
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD	
Ratsfrau Renate Lazar	Grüne	
Erste stellv. Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU	Vertreter für Ratsfrau Christina Karvounidou, bis 18,45 Uhr
Ratsfrau Margarete Rehm	CDU	
Ratsherr Ulrich Siebensohn	CDU	bis 18.45 Uhr
Ratsfrau Marianne Weber	CDU	
Herr Gerhard Ameln	FDP	bis 18.00 Uhr
Herr Peter Arens	CDU	
Frau Sigrid Atts	SPD	Vertreter für Herrn Dlugi
Frau Ilona Behle	LL	
Frau Hanni Bethke	SPD	
Herr Günter Beyer	CDU	
Herr Horst Eick	SPD	

#### Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Mona Afifi FRL bis 17.45 Uhr

#### Gäste:

Herr Hussam Afifi	FRL
Herr Semsettin Akalin	FRL
Frau Brigitte Macher	SPD
Herr Poubahri – Vertreter der LAGA -	

#### Verwaltung:

Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder  
Herr Karl-Heinz Burghof  
Frau Mechthild Kießig  
Herr Bertin Pingel  
Frau Susanne Zarges

#### Schriftführer/in:

Frau Susanne Krabbe

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Christina Karvounidou CDU  
Herr Heinrich Dlugi SPD

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Hans-Günther Ashoff FRL

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

1. **Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers**

---

Der Vorsitzende nimmt die Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Herrn Günter Beyer vor und verliest die Verpflichtungsformel; der Genannte verpflichtet sich durch Unterzeichnung der Erklärung, den Verpflichtungstext zu erfüllen.

2. **Öffentliche Fragestunde**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

3. **Zuschüsse an ausländische Vereine**  
**Vorlage: 304/2003**

---

Herr Dr. Schröder weist darauf hin, dass in der dem Sozial- und Seniorenausschuss vorangegangenen Sitzung des Ausländerbeirates zwischen diesem und der Verwaltung Einigkeit darüber erzielt worden ist, dass nachträglich gestellte Zuschussanträge, die dem bisherigen Entscheidungsschema entsprechen, aus Vereinfachungsgründen ohne Beteiligung des Ausländerbeirates direkt dem Sozial- und Seniorenausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden können.

**Beschluss:**

Die Veranstaltung wird mit 33,00 EUR bezuschusst

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 14  
Nein-Stimmen: 1  
Enthaltungen:

4. **Erfahrungsbericht des Ausländerbeirates**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind einige Mitglieder des Ausländerbeirates anwesend. Frau Afifi erläutert in einem Bericht die Arbeit des Ausländerbeirates (s. Anlage).

In der sich anschließenden Diskussion wird z. B. eine Verkleinerung des Ausländerbeirates als Möglichkeit angedacht, um eine effektivere Arbeit zu erzielen sowie grundsätzliche Überlegungen, wie das Gremium attraktiver gestaltet werden kann. So ist u. a. der Name „Ausländerbeirat“ unglücklich gewählt. Es wäre denkbar, diesen z. B. in Migrationsausschuss- oder beirat umzubenennen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass seinerzeit, bei Einführung des Ausländerbeirates, die EU-Bürger durch diesen vertreten worden seien. Dies ist heute nicht mehr der Fall, da EU-Ausländer ein eigenes kommunales Wahlrecht haben, so dass das zu vertretende Klientel kleiner geworden ist.

In der nächsten Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses soll die Wahl des Ausländerbeirates in 2004 erneut thematisiert werden.

5. **Möglichkeiten kommunaler Migrantenvertretungen (mündlicher Bericht der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW - LAGA -)**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Pourbahri von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW – LAGA – aus Düsseldorf eingeladen.

Dieser zeigt einige Handlungsempfehlungen für eine mögliche Umstrukturierung des Ausländerbeirates auf. Seitens der LAGA wurde ein Musterantrag zur Bildung eines „Integrationsrates“ anstelle eines Ausländerbeirates erstellt, der diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Der Musterantrag basiert auf dem derzeitigen Stand der Gespräche zwischen Innenministerium, LAGA usw.

Weiterhin erläutert Herr Pourbahri die Erfahrungen, die die Stadt Solingen gemacht hat, da diese die Experimentierklausel für diesen Bereich genutzt hat.

Anschließend wird im Ausschuss über den Vortrag diskutiert.

Der Vorsitzende schlägt vor, sich in der übernächsten Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses damit zu beschäftigen, wie das zukünftige Gremium aussehen soll.

Anschließend dankt der Vorsitzende Herrn Pourbahri für seinen Bericht.

6. **Erlass einer Satzung zur Änderung der Satzung für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid zum 01.01.2004**  
**Vorlage: 306/2003**

---

Aufgrund einiger Nachfragen aus dem Ausschuss werden seitens Frau Kießig Teilbereiche der Kalkulation erläutert.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

---

**Beschluss:**

Für die Gebührenanpassung zum 01.01.2004 für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid wird die Satzung in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen:  
Enthaltungen:

7. **Bericht der Verwaltung zu Änderungen im Landespflegegesetz NW  
Vorlage: 288/2003**

---

Herr Dr. Schröder erläutert den vorgelegten Bericht der Verwaltung.

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

8. **Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 22.08.03**

---

Ratsfrau Meyer erläutert den Antrag der CDU-Ratsfraktion. Es wird beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, die Möglichkeiten aufzuzeigen, in Federführung der Seniorenberatungsstelle oder freier Träger und unter Einbeziehung der örtlichen Wohnungsbauunternehmen sowie Sozialverbände eine gezielte und fundierte Befragung Lüdenscheider Seniorinnen und Senioren zum Wohnen und Leben in der Stadt durchzuführen.

Frau Bethke weist darauf hin, dass seitens der SPD ein Antrag in ähnlicher Form bereits am 09.01.2002 gestellt worden ist.

Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass mit der Befragung personell bedingt erst nach den Sommerferien 2004 begonnen werden kann. Darüber hinaus wäre eine Beteiligung der Verbände, speziell beim ersten Schritt, dem Ausfüllen der Fragebögen, erforderlich, da je nach den zu berücksichtigenden Altersgrenzen bis zu rd. 25.000 Personen zu befragen sind. Weiterhin wäre beim Rücklauf der Fragebögen weitere Unterstützung z. B. durch einen Praktikanten erforderlich. Die zu erwartenden Kosten würden zwischen 15.000,00 – und 25.000,00 € liegen, wobei von Seiten der Verwaltung ein Problem bei der Finanzierung gesehen wird.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass die Verwaltung sich unter Umständen mit einer Hochschule oder Universität in Verbindung setzen soll. Eine repräsentative Umfrage ist auch in einem kleineren Umfang möglich.

In der heutigen Sitzung soll die grundsätzliche Abstimmung über den Antrag erfolgen. Die Verwaltung hat die Möglichkeit, nochmals ausführlich dazustellen, was aus ihrer Sicht möglich und sinnvoll erscheint.

---

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen:  
Enthaltungen:

9. **Personalsituation im Sozialamt**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt Herr Burghof einen Sachstandsbericht.

In der Abteilung „Sozialhilfe außerhalb und innerhalb von Einrichtungen“ sind derzeit zwei Sachbearbeiterstellen noch nicht adäquat besetzt. Eine dieser beiden Stellen ist zwar besetzt, wobei sich die Sachbearbeiterin aber derzeit noch in der Einarbeitungsphase befindet. Die andere Stelle wird zum 01.12.03 besetzt. Weiterhin wird ebenfalls zum 01.12.03 die Zeitstelle im Bereich der Grundsicherung wieder besetzt.

Zu berücksichtigen ist, dass in der Vergangenheit sehr viele Wechsel stattgefunden haben. So sind in der Leistungsabteilung von 11 Sachbearbeitern derzeit nur 4 Mitarbeiter länger als drei Jahre in diesem Bereich tätig. Derzeit sind rd. 140 Fälle pro Sachbearbeiter zu bearbeiten, wünschenswert wäre eine Fallzahl von rd. 100. Aufgrund steigender Fallzahlen durch Arbeitslosigkeit u. ä. wird sich die Fallzahl pro Sachbearbeiter bei ca. 110 – 115 Fällen einpendeln.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er sich vorbehalte, das Thema auch noch einmal in den zuständigen Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzen zu bringen. Dies sei spätestens dann angebracht, wenn sich die Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zeigen.

10. **Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

10.1. **Bekanntgabe**

keine

10.2. **Beantwortung von Anfragen**

keine

10.3. **Anfragen**

---

10.3.1. **Sprechstunden der Wohlfahrtsverbände im Bürgeramt**

---

In der nächsten Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses soll ein Bericht der Verwaltung oder eines der betroffenen Verbände hinsichtlich der Resonanz, der Fortführung etc. der Sprechstunden der Wohlfahrtsverbände im Rahmen der Samstagsöffnungszeiten im Bürgeramt erfolgen.

Vorsitzender

Schriftführer